Nr. 445 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 216

Abend-Ausgabe

3 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Oesterreich und Luxemburg 248.— M., für das übrige Ausland 352.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 40.— M. Reklamezeile 180.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 12.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 15.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Mittwoch, den 20. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Kampf dem Wucher!

Eine Entschließung des Augsburger Parteitages.

SPD. Augsburg, 20. September. Zur Frage der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers hat der Parteivorstand dem Parteitag am Mittwoch folgende Entschließung vorgelegt:

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die der Entwertung der Mark folgt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angestellten, Beamten und weiter Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rücksichtslose Verhalten der Entente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Uebelstände sich durch Treibereien an der Börse und am Warenmarkt verschlimmerten.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift. Insbesondere muß eingeschritten werden gegen die Geschäftsabschlüsse, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden.

Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden kann.
2. Verbot gewerbsmäßiger Herstellung und Feilhalten von Kuchen und Konditorwaren.
3. Erhöhung der Ausmahlungsquote des Brotgetreides auf 90 Proz.
4. Begünstigung der Abschlüsse von Lieferverträgen für Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.
5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Inlandszucker nicht geblaut werden, der Auslandszucker ist nur geblaut hereinzulassen.
6. Soweit die Preislage es gestattet, ist die Einfuhr von Gefrierfleisch zu begünstigen.
7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milch, wenn nicht anders zu erreichen durch Verbot der Herstellung von Butter.
8. Bier darf nur bis zu einem Stammwürzegehalt von 8 Proz. hergestellt werden.
9. Die Herstellung von Sprit ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke zugelassen.
10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schankstätten, die Trinkbranntwein ausschenken.
11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderung zur Durchführung bringt.

Löbe beantragt Eintritt in den Völkerbund.

SPD. Augsburg, 20. September. Reichstagspräsident Genosse Löbe legte dem Parteitag folgenden Antrag vor:

Der Parteitag der SPD. richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unbeschadet der berechtigten Kritik, die an der Organisation und dem Verfahren des Völkerbundes zu üben ist, im Interesse der Teilnahme Deutschlands an einem befriedeten Wirtschafts- und Kulturleben der Menschheit den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm darin eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert ist.

* * *

3. Verhandlungstag.

SPD. Augsburg, 20. September. Um 9¼ Uhr eröffnet Genosse Weis die Verhandlungen. Er stellt zunächst richtig, daß die von der „Frankfurter Zeitung" in ihrem Bericht am Montag aufgestellte Behauptung, dem Genossen Broßwitz sei das Wort entzogen worden, nicht zutreffe.

Hierauf wird die

Diskussion

fortgesetzt.

Herwig-Oberschlesien: Wir müssen der deutschen Sozialdemokraten, die heute in Polnisch-Oberschlesien leben, in Dankbarkeit für die opferwillige Tätigkeit im Interesse der deutschen Sozialdemokratie gedenken. (Bravo!) Wir stehen in einem Wahlkampf, der im Zeichen der Unterdrückung der öffentlichen Meinung geführt wird. Dem Genossen Braun müssen wir dankbar sein, daß er ein für Preußen und damit für ganz Deutschland günstiges Abstimmungsresultat in Oberschlesien herbeizuführen trachtete. **Wir lehnen es ab, daß Oberschlesien zum ausschließlichen Tummelplatz klerikaler Bestrebungen gemacht wird.**

Uhlig-Radeberg: Die Besoldung der Angestellten der Landespolizei soll nicht nach den Grundsätzen der Reichswehr erfolgen. Notwendig ist die Revision des Versorgungsgesetzes. Die Offiziere müssen aus dem Mannschaftsstande hervorgehen. Durch die Zivilkommissare müssen unnötige Konflikte vermieden werden. Der Wohnungsbau ist unzulänglich und wird nicht besser, bevor man nicht die Gemeinden finanziell gestärkt hat.

Klara Bohm-Schuch-Berlin: Dieselben Kreise, die heute eine Aushungerungspolitik betreiben, haben gar kein Interesse an dem Bestande der Republik, sie haben ein Interesse an der Vernichtung der Republik. Wenn wir die ganze

Ernährungssabotage der Landwirtschaft

betrachten, dann sehen wir, wie ernst die Lage für uns alle, für den Staat und besonders für uns Sozialdemokraten ist. Wenn die breiten Massen zur Verzweiflung getrieben werden, kann das nur den reaktionären Kreisen nützen. Deshalb haben wir ein Interesse daran, daß das Volk nicht zur Verzweiflung gebracht wird. Die Getreideumlage wurde bisher sabotiert. Es ist furchtbar wenig, was von dem ersten Drittel eingegangen ist. Wir Frauen erwarten, daß durch die bevorstehende Einigung der Druck auf unsere Gegner gestärkt wird.

Dr. Strecker-Darmstadt: Mit unseren inneren Nöten werden wir nicht fertig werden, solange der außenpolitische Druck auf uns lastet. Deswegen ist die Frage, was wir tun müssen, um auf dem Wege der Außenpolitik unsere innenpolitische Lage zu erleichtern. Unser Volk hat den Rapallo-Vertrag begrüßt, weil er der erste wirkliche Friedensvertrag war. Er hat uns aber im Ausland nicht die Früchte gebracht, die wir erwarteten. **Das Ausland kennt sehr wenig von der wahren Stimmung des deutschen Volkes.** Die Meinung des Auslandes wird durch die Attentatspolitik unserer Reaktionäre bestimmt. Wir müssen alle Anstrengungen machen, daß jeder Wähler und jede Wählerin die schwere Verantwortung begreift, die sie auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu tragen haben.

Das Proletariat muß sich die Einrichtung des Völkerbundes erobern.

Wir müssen uns in der Außenpolitik auf den Machtfaktor des Völkerbundes, hinter dem die Entente steht, einstellen. Deutsche sind wir gerade dann, wenn wir die Völkerbundideen im Sinne unserer besten Führer erfassen (Beifall.)

Georg Schmidt-Köpenick: Die Landwirtschaft ist schuld daran, daß das Umlagegesetz nicht so geschaffen wurde, wie es den landwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Stand des Dollars darf nicht ausschlaggebend sein bei der Festsetzung des Preises. Auf Drängen des Zentrums und der Demokraten wurden die kleinen Bauern bei der Erfassung der Umlage ausgeschaltet. Wir müssen auf die gefühlsmäßige Einstellung der Bauern Rücksicht nehmen. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern

auch Industrie, Handel- und Gewerbetreibende treiben Wucher.

Bei den letzten Wahlen haben die Stimmen für die Partei auf dem Lande prozentual mehr zugenommen als in den Städten. Wir müssen uns bemühen, die Verhältnisse auf dem Lande zu verstehen. Dann werden wir auch die kleinen Bauern und Landarbeiter auf unsere Seite bringen.

Hermann Wendel-Frankfurt a. M.: Die Einigung bedeutet gefühlsmäßig und in der Sehnsucht der Massen alles; aber die Einigung ist nur ein tönendes Erz und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahintersteht, das Werk fortzusetzen. (Sehr richtig!) Wir haben aber die feste Hoffnung, daß die Einigung beflügelnd wirken wird. In Deutschland weiß jeder, außer dem unglückseligen Herrn Geßler, daß

die Wehrmacht der Republik

leider eine Armee gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Kapp-Putsch hat sich eine gewisse Umgestaltung in der Reichswehr vollzogen. Sie besteht darin, daß aus der Reichswehr alle Elemente herausgedrängt werden, die einer republikanischen Gesinnung verdächtig waren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben eine fast vollständig monarchistische Truppe. Die Reichswehr ist eine unaufhörliche sehr ernste innerpolitische und außenpolitische Gefahr. Wenn einmal eine Lage entstände, wo der Staat an sein letztes Machtmittel wird appellieren müssen, wer könnte mit ehrlicher Ueberzeugung sagen, daß hier die Reichswehr nicht versagen würde? Es gibt Kreise in Deutschland, die von einem Revanchekrieg Tag und Nacht träumen. Wenn es diesen Kreisen gelänge, Beziehungen zu den Reichswehrbehörden und Reichswehrorganisationen zu finden, dann ist die große Gefahr nicht zu verkennen, die daraus entsteht. **Reichswehrminister Geßler ist eine durchaus schwarzweißrote Erscheinung, höchstens mit der schwarzrotgoldenen Gösch in der Mitte.** (Beifall.) **Der Posten des Reichswehrministers muß mit einem Offizier besetzt werden, der sich als durchaus republikanisch erwiesen hat.** (Stürmischer Beifall.)

Genossin Funk-Düsseldorf spricht gegen den Milchwucher, der die Zukunft der deutschen Volkskraft gefährdet, weil wir unserer Jugend keine Milch mehr geben können. Auch der Kartoffelwucher ist ungeheuer. Die Sorgen der Hausfrau sind ins ungemessene gestiegen und erzeugen Verzweiflungsstimmung.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Gera.

In Gera tritt heute der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammen. Sein Ziel wird ebenso wie das des Augsburger Parteitages die Einigung sein. Klar und deutlich kommt dies in dem von Wilhelm Dittmann geschriebenen Leitartikel der heutigen „Freiheit" zum Ausdruck, der mit den Worten beginnt:

Der am 20. September in Gera zusammentretende Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird der letzte Parteitag unserer Partei sein. In Gera wird sie die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließen, von der sie sich 1917 in Gotha getrennt hat.

In beiden Lagern, in der SPD. wie in der USP., ist man sich — mit Ausnahme der kleinen Gruppe um Ledebour — darüber klar, daß die Einigung das Gebot geschichtlicher Notwendigkeit ist, daß die Preisgabe auch dieses späten — vielleicht letzten — Momentes in seiner letzten Konsequenz die Preisgabe der Republik und der demokratischen Freiheit bedeuten würde. In diesem Sinne schreibt Paul Levi unter der Ueberschrift: „Warum gehen wir zur vereinigten sozialdemokratischen Partei?" in der Zeitschrift „Unser Weg" folgende Sätze:

Das einzige, was die Revolution den deutschen Arbeitern gebracht hat, ist in Gefahr. Das ist die Stunde, in der die deutschen Arbeiter, um das eine, gemeinsame, das einzige, das ihnen geblieben ist, zu schützen, sich zusammenfinden. Stolz darauf, sich am Ende des des Schreckens das eine, die Republik, den Boden für die breite Fassung ihrer Klasse zum Kampf um den Sozialismus errungen zu haben, finden sich die deutschen Arbeiter zu ihrer Verteidigung zusammen, in der Erkenntnis, daß weiterer Zwist und weiterer Streit um das, was in anderen Situationen möglich gewesen wäre, die eine wie die andere Partei um das wenige bringen werde, was vom 9. November 1918 ihnen geblieben ist. Niemandes Träume und Hoffnungen von diesem Tage haben sich erfüllt: aber als Tag der ersten großen Bewegung des deutschen Proletariats, seines ersten weithin sichtbaren Sieges, gedenken die deutschen Arbeiter seiner und stehen zu seiner Frucht, der deutschen Republik — trotz alledem.

Allerdings wird die Verteidigungsfront für die Republik ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie gleichzeitig eine Angriffsfront ist. Die reine Defensive, die sich nur auf die Abwehr gegnerischer Angriffe beschränkt, ist in jedem Falle zum Unterliegen verurteilt. Die Republik ist nur zu schützen, wenn ihre Verteidiger den Kampf gegen die Position der politischen und wirtschaftlichen Reaktion aufnehmen. Die Angriffsrichtung ist durch das Aktionsprogramm gekennzeichnet. Und das ist das Entscheidende bei jeder Einigung, daß über die einzuschlagende Marschrichtung Verständigung erzielt wird.

Die Einigkeit über das, was getan werden soll, ist das beste Mittel, um Schatten der Vergangenheit zu verscheuchen. Daß diese Schatten früherer Tage noch manches Gemüt belasten, — wer will es leugnen? Ehe die Einigung kam, war nun einmal der Kampf. Keiner Partei ist es zu verübeln, wenn sie während des Kampfes das Recht auf ihrer Seite gesehen, gegen den anderen Teil bittere Anklagen und Vorwürfe erhoben hat. Aber Politik wird nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstande gemacht. Und letzten Endes erkennen auch gefühlsmäßig die Arbeitermassen, daß es keinen Zweck hat, immer wieder das Gewesene auszugraben und es sich gegenseitig an den Kopf zu werfen; sie erkennen, daß die unfruchtbare Streiterei darüber, wer in der Vergangenheit Recht gehabt habe, auch keinen einzigen positiven Schritt weiterführt. Es sind bittere Lehren notwendig gewesen, bis diese Einsicht erzielt wurde; aber wir wollen uns freuen, daß sie nun erreicht ist. Denn nichts ist zwecklos, als immer wieder zu klagen: die Situation könnte heute ganz anders sein, wenn damals so und so gehandelt worden wäre. Die Parole dessen, der in die Zukunft wirken will, kann nur lauten: Die Situation ist heute so und so, folglich muß entsprechend gehandelt werden.

Die Einigung der beiden sozialistischen Parteien steht unter diesem Stern. Sie vollzieht sich in der Erkenntnis, daß das Proletariat die Einigung braucht, um leben zu können. Darin lassen wir uns nicht beirren durch das Gekrächz, das rechts und links die Leute anstimmen, denen die Einigung ein Dorn im Auge ist. Mag in der „D. A. Z." der ehemalige Sozialdemokrat Winnig die Sozialdemokratie als die „Ewiggestrige" verspotten, mag er mit sophistischen Argumenten nachzuweisen suchen, daß die alte Sozialdemokratie sich auf den Standpunkt der Unabhängigen zurückgefunden habe, mag umgekehrt die „Rote Fahne" den Unabhängigen vorwerfen, daß sie vor der Sozialdemokratie kapituliere, — das ist die altbekannte Wut derer, die hinter dem Wagen der geschichtlichen Entwicklung herlaufen und schelten, weil sie den Anschluß an die Entwicklung verpaßt haben.

Nachdem die „Rote Fahne" mit Schelten und Drohungen gegenüber den Unabhängigen nichts erreicht hat, versucht sie es noch einmal mit Schmeicheltönen. Sie wendet sich an den linken Flügel der Unabhängigen und fordert ihn auf, das Aktionsprogramm nun schleunigst in die Tat umzusetzen. Der Verfasser des Artikels der „Roten Fahne", A. Thalheimer, findet sogar plötzlich, daß in dem Aktionsprogramm eine An-

zahl sehr schöner Forderungen stehen und erklärt mit bekannter Biederkeit:

Wir Kommunisten sind vollkommen bereit, mit unseren bescheidenen Kräften dabei mitzuwirken und wir haben durch Taten gezeigt, daß wir es sind.

Wie diese Taten aussehen, das haben die Kommunisten ja eben erst in Sachsen gezeigt, wo sie ihre „bescheidenen Kräfte" der bürgerlichen Reaktion zur Verfügung gestellt haben, um die Auflösung eines Parlaments mit sozialistischer Mehrheit zu erzwingen.

Im übrigen wendet Thalheimer ein altes kommunistisches Täuschungsmanöver an: Während die KPD. sich selbst wohlweislich nur bescheidene Kräfte zugesteht, dichtet sie den Sozialdemokraten unbegrenzte Kräfte an. Sie tut, als brauche die Sozialdemokratie nur den kleinen Finger zu rühren, um im Augenblick ihre sämtlichen Programmforderungen zur Tat werden zu lassen. Nun ist allerdings die Sozialdemokratie keineswegs völlig machtlos wie die KPD., durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien wird auch ein neuer erheblicher Machtzuwachs erzielt werden; aber nur, wer die Tatsachen nicht sehen will, kann übersehen, daß diese Macht von der Alleinmacht im Staate noch weit entfernt ist. Wenn die Kommunisten mit Hinblick auf das Aktionsprogramm sagen: „So, nun macht das einmal schleunigst wahr!", so können wir mit viel größerem Recht zurückfragen: „Wieviel von ihrem Programm hat denn die KPD. bisher in die Tat umgesetzt?"

Es ist ein alter Roßtäuscherkniff, wenn die Kommunisten einen Mangel an Kräften in einen Mangel an guten Willen umfälschen. Aber wenn wir uns auch darüber klar sind, daß das Aktionsprogramm nicht auf einen Hieb verwirklicht werden kann, so sind wir von einem anderen nicht minder überzeugt: daß aus der Vereinigung der sozialistischen Parteien eine Macht erwachsen wird, deren Kräfte sich ständig steigern werden, weil hinter dieser Vereinigung der Wille zur Macht steht. Und so hoffen wir, gleich der „Freiheit", daß die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien eine „neue segensreiche Periode der deutschen Arbeiterbewegung" eröffnet.

Der Ueberwachungsausschuß.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist zum Freitag einberufen worden. Er wird sich mit der Besprechung der Teuerungsaktion der Arbeiter und Beamten zu beschäftigen haben.

Das Verbot der „D. A. Z." bestätigt.

Kurz nach Beginn der heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofs wurde der Fall der „D. A. Z.", über den gestern Reichsgerichtsrat Zeiler als Referent und Reichsgerichtsrat Nieland als Korreferent berichtet und die Mitglieder des Gerichtshofes beraten hatten, nochmals behandelt. Der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Hagens, teilte später der Presse mit, daß das Verbot der „D. A. Z." bestätigt sei.

Not an Noten.

Dresden, 20. September. (Eig. Drahtbericht.) Da die Reichsbank nicht in der Lage ist, die Stadt Dresden mit dem nötigen Kleingeld für die Gehalts- und Lohnzahlungen zu versehen und in absehbarer Zeit auch auf Abhilfe nicht gerechnet werden kann, sieht sich die Stadtverwaltung veranlaßt, wiederum den Weg der Ausgabe von Notscheinen zu beschreiten. Wie wir hören, ist geplant, 100 Millionen Mark städtisches Papiergeld in 500-M.-Scheinen herauszugeben. Die Genehmigung der Ausgabe dieses Notgeldes wird vom Wirtschaftsministerium bestimmt in Aussicht gestellt.

Das Mannheimer Attentat.

Mannheim, 20. September. (Mtb.) Die Untersuchung über das Handgranaten-Attentat, welches der Nationalsozialist Janssen im Mannheimer Börsengebäude verübte, hat zu einer weiteren Verhaftung geführt. Der Mannheimer Untersuchungsrichter hat mit dem zuständigen Staatsanwalt und einem Kriminaloberinspektor in München Ermittlungen vorgenommen und daselbst einen weiteren Mittäter verhaftet. Die Herkunft der Handgranate wurde der Mannheimer „Volksstimme" zufolge zweifelsfrei festgestellt.

Mit Eichenlaub und Schwertern . . .

Die „Königliche" Universität.

Aus Königsberg (Preußen) wird uns geschrieben:

Die Ermordung Rathenaus hat scheinbar die Leitung der Universität Königsberg in hellste Aufregung versetzt. Die Herren haben sicher lange nachgesonnen, wie man auch ihrerseits der Republik zur Hilfe kommen könnte und der Pflicht als vereidigte und besoldete Diener der Republik genüge. So haben sie denn beschlossen, zunächst, zum erstenmal seit der Revolution, ein Vorlesungsverzeichnis für das neue Semester herauszugeben, in dem der Reihe nach bei sämtlichen Personen, angefangen mit dem Professor und früheren Oberpräsidenten Batocki bis herunter zum Kastellan, eine genaue Aufzeichnung und zum Teil Abbildung der ihnen verliehenen Orden und sonstigen Ehrenzeichen angefügt ist. Wahrscheinlich hat es große Mühe gekostet, festzustellen, daß Herr v. Batocki 13 Orden hat, von welcher Art sie sind, und daß er ebenso das Kriegsverdienstkreuz besitzt wie der Herr Kastellan der Universität. Wir wollen nur hoffen, daß man keinen Orden vergessen hat und sich nachher nicht zahlreiche Gekränkte gemeldet haben, die irgendeinen Orden bei sich vermißten. Diese Rangliste der Orden mutet geradezu ergötzlich an, wenn man bedenkt, wohin der Glanz jener Herren ist, die diese Orden einmal verliehen haben! Um noch weiter zu zeigen, was sie können, hat aber auch die hochwohllöbliche Universität beschlossen, ihre Studentenkarten für das kommende Semester wiederum mit dem Aufdruck „Königliche Universität" zu versehen. Sollte man es vergessen haben, daß wir im vierten Jahr der Republik leben und daß auch einige Gesetze zum Schutz des Republik erlassen sind, oder will man zeigen, daß die Leuchten unserer Wissenschaft außerhalb des Staatswesens stehen, ihre eigene Staatsform einführen und gleich großen Kindern über ihre im Herzen gehegten Wünsche die Wirklichkeit vergessen? Man besitzt nicht umsonst an leitender Stelle der medizinischen Fakultät einen Schwiegersohn des Herrn Kapp, einen Herrn, der das Zepter nach seiner Manier schwingt, und zudem einen mehr wie „allzeit königstreuen" Universitätssekretär! Daß in soundsoviel Erlassen des Ministers die Bezeichnung „Königlich" verboten ist, kümmert diese Herren wenig. Wie lange werden die Staatsbehörden ihre Nachsicht weiter üben? Vier Jahre Republik sind eine so lange Zeit, daß sie selbst für einen Universitätsprofessor zur Entscheidung darüber, ob er das Gehalt der Republik annehmen und ihr dienen will oder aber als ehrlicher Mann seiner Ueberzeugung gemäß ihren Dienst verlassen soll, genügen müßte. Was sagt die Aufsichtsbehörde, der Minister für Kunst und Wissenschaft und der Oberpräsident zu diesem Treiben?

Deutsch-französischer Wiederaufbau.

Paris, 20. September. (WTB.) Wie der „Matin" mitteilt, ist der Aktionsausschuß für die verwüsteten Gebiete gestern abend mit Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Bauarbeiterverbandes zusammengekommen und hat von den Besprechungen, die in Berlin zwischen Jouhaux und den deutschen Bauarbeiterverbänden geführt worden sind, Kenntnis genommen. Die Delegierten haben beschlossen, bei ihrer Ansicht, die für eine Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ist, zu bleiben.

Am 22. September findet in Köln infolge einer ergangenen Einladung eine Zusammenkunft zur Prüfung der Bedingungen der Zusammenarbeit statt.

•

Es sei hier nochmals gegenüber der hartnäckigen Lügenhaftigkeit der „Roten Fahne" festgestellt, daß der betreffende „Aktionsausschuß" den Lubersaciben Wiederaufbaugenossenschaften ausgesprochen feindlich gegenübersteht und daß die Verhandlungen, die Jouhaux hier geführt hat und die nun weitergeführt werden sollen, mit dem Stinnes-Vertrag nicht das geringste zu tun haben.

Löbes Rede in Augsburg.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Schühinger-München: Der Zusammenbruch und der Vertrag von Versailles haben uns vom Militarismus befreit. Wir haben eine neue Wehrmacht, die der Verteidigung der Republik dienen soll. Leider ist sie nicht zuverlässig genug. Das liegt daran, daß man dem Führerproblem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir müssen die wirklich republikanisch empfindenden Führer schützen. Das Reichswehrministerium muß wieder in die Hände der deutschen Arbeiterschaft kommen. (Beifall.)

Markwald-Frankfurt a. M.: Wir verlangen, daß die Praxis der Partei mit den Beschlüssen der Parteitage in Uebereinstimmung gebracht werde. In Görlitz ist gesagt worden, daß wir nicht in die Regierung gehen werden, wenn nicht die monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr entfernt werden. Auch später ist ähnliches wiederholt gesagt worden, und doch ist nichts in dieser Richtung geschehen, vielmehr hat man den letzten republikanischen Offizier aus der Reichswehr hinausgekekelt. Der Parteivorstand darf nicht vor den nächsten Parteitag treten, ohne die Versprechungen von Görlitz erfüllt zu haben. Auch beim Steuerkompromiß sind wir tapfer zurückgewichen. Ohne die Erfassung der Sachwerte können wir mit neuen Steuern nicht vor das Volk treten. Alle anderen direkten Steuern werden abgewälzt. Es ist beantragt worden, alle Anträge der Fraktion zu überweisen. Da bekommt man nicht einmal Antwort, wie wir z. B. auf unseren Antrag bezüglich der Abstimmung über das Hohenzollernvermögen. Redner verlangt schließlich, daß die Fraktion stärkeres Gewicht auf die Frage der Sozialisierung lege. Denn ohne die Sozialisierung ist eine Hebung der Produktion unmöglich.

Löbe-Berlin: Es hat in vielen Kreisen unserer Partei eine gewisse Verstimmung darüber gegeben, daß sich die Fraktion mit der Zwangsanleihe an Stelle der Sachwerte abfinden mußte. Wir müssen aber im Parlament auch Forderungen erheben, die nicht in den ersten Anstürmen gewonnen werden können (Sehr richtig!) und

wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, wenn unsere Forderungen nicht sofort durchgeführt werden.

(Sehr gut!) Als zum ersten Male die Getreidefrage in der Fraktion zur Debatte stand, waren wir uns darüber schlüssig, daß wir an einem bestimmten Preise festhalten und wenn wir nicht durchdringen, die Verantwortung für Not und Teuerung den bürgerlichen Parteien rechts von uns überlassen müssen. In diesem Augenblick kamen die Schüsse gegen Rathenau. Es entstand eine neue Situation. Konnten wir da noch sagen, wir überlassen die Verantwortung den anderen? Es muß immer die Wichtigkeit der Fragen gegeneinander abgewogen werden. (Sehr richtig!) Die Frage des Austritts aus der preußischen Regierung hat gerade bei denen keine Billigung gefunden, die vorher so eilig kritisiert haben.

Der Fehler liegt darin, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Forderung nicht durchsetzen können, diese Forderung selbst verkleinern. Das ist unrichtig.

Wir halten an der Forderung der Erfassung der Sachwerte fest.

Wir kommen damit wieder. Die Besitzer der Sachwerte werden bei der Not dieses Winters vielleicht froh sein, wenn sie mit dem Opfer der Sachwerte davonkommen und nicht mehr Opfer bringen müssen. Ich hoffe, daß es uns die bevorstehende Einigung ermöglicht, das Schwergewicht unserer Forderungen zu erhöhen. (Sehr richtig.)

Wir haben einen Antrag unterbreitet, der die Regierung ermuntern soll, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu unternehmen, vorausgesetzt, daß uns darin eine unserm Volk angemessene Stellung eingeräumt wird. (Sehr richtig!) Die Mißachtung unserer Rechte bei den Grenzfestsetzungen, die Entscheidungen wichtiger Institutionen des Völkerbundes, der auf reine Machtprinzipien gestützte Geist des Völkerbundes, haben es dem Völkerbund schwer gemacht, sich Freunde in den besiegten Ländern zu sichern. Wir wissen, daß der Völkerbund auch geographisch nicht vollkommen ist. Trotzdem müssen wir uns die Frage vorlegen, ob es für unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse besser ist, wenn wir die Abstinenz gegenüber dem Völkerbund weiter aufrechterhalten. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, diejenigen Tendenzen in der Regierung zu unterstützen, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten. Gewiß hat man unsere Rechte in Oberschlesien mit Füßen getreten, gewiß wird die Hoheit von der Völkerbundkommission immer sehr ausgiebig mißbraucht, gewiß sind die Mittel des Völkerbundes zum Schutze der nationalen Minderheiten gering, aber eine Aenderung zur Besserung werden wir in der Zukunft am allerwenigsten dadurch erreichen, wenn wir dem Völkerbund, der für die ganze übrige Welt etwas bedeutet, fernbleiben.

Volksbühne.

Björnson: „Ueber die Kraft II. Teil"

Björnson ist Priester, Politiker und schließlich auch Dichter. Es steht ihm wohl an, die Beredsamkeit der Kanzel mit dem Lärm der Volksmassen zu mischen. Es braucht ihm nicht zu widerstehen, durch Worte höheren Stiles all diese Heiligkeit, all diese Alltäglichkeit zu durchbrechen. Er war der Schriftsteller, dem man jede Parteilichkeit gestattete. Denn er deckte das Dröhnende einer pausbackigen, sehr theatralischen Dramatik durch seine mächtige und muskulöse Persönlichkeit. Man verzieh ihm auch den Mangel an Nationalökonomie, an dem er litt, als er das Problem vom Gegensatz des Fabrikanten und Arbeiters im zweiten Teil seines Schauspiels „Ueber die Kraft" auf die Bühne brachte. Es war, als man dieses Stück vor einem Menschenalter zum ersten Male spielte, ein gewaltig auf Effekt zielendes Werk. Vier Akte und darinnen zwei Volksversammlungen: zuerst die Arbeitermasse, über die der ehemalige Geistliche gebietet, um sie zum Aufstand gegen die Not zu befeuern. Dann die Versammlung der Arbeitgeber, in der die Verständigen schwachbrüstiger reden als die Draufgänger, die sich als Herrenmenschen ausposaunen. Und dazu Explosion auf der Bühne. Eine ganze Felsenburg wird in die Luft gesprengt. Und endlich der Waldesfrieden mit herrlicher Sonne und strotzenden Bäumen, während eine Jungfrau und ein wundervoller Jüngling vom ewigen Völkerfrieden und vom Aufhören der Armut und des Elends phantasieren. Die Gegensätze sind aufs schärfste pointiert, aber die Gegensätze wurden von den hellsten und freundlichsten Dichteraugen gesehen. Man sah das Ringen der bösen und der guten Gewissen, der Geknechteten und der Unterdrücker auf der Bühne. Der Eigensinn und der Uebersinn haftete stets nur an der Persönlichkeit. Alle Menschen dieses Stückes, die Arbeiter, die Agitatoren, die Fabrikanten, die barmherzige Samariterin, sie waren alle in ein brodelndes Kämpfen um die letzte Wahrheit eingestellt. Man glaubte nicht an Prahlerei, wenn sie planten, über die beschränkte Geistes-, Muskel- und Herzenskraft hinüberzukommen und zur Lösung des Weltenglückes zu gelangen. Das Drama greift für drei Stunden fest in die Nerven hinein. Berechnung und Kritik, die sich später regen, vermindern keineswegs den aufwiegelnden Eindruck.

Wolfgang Harmisch ist der neue Regisseur der Volksbühne. Mit Erfahrung, die einer etwas ausgekühlten Routine gleichkommt, bewältigt er das Werk. Die Stimmen der Masse tönt er nach Methoden ab, die nun schon bekannt sind. Dieses Gemurmel, dieses Getaste der Zungen, dieses Stammeln und Brausen könnte aber natürlicher sein. Weniger abgezirkelt, weniger Kulisse und Theaterkolophonium. Es ist wahr, mancher neue Künstler war erst für die Volksbühne einzustimmen und abzustimmen. Von diesen frischen Ankömmlingen sind Fritz Alberti, der Aufrührer Bratt, und Hans Rehmann, der Extatiker Elias Sang, durchaus erfreulich. Energie spannt sich in ihnen, trotzdem sie die Hitze des Sprechens dämpfen. Keiner von beiden scheint überflüssige Wucht zu beherrschen. Sie werden aber von ihrer Rolle beherrscht und drängen nicht in das Geblende des Rampenlichtes. Sie sind sachliche Schauspieler, das ist ein Titel, der ihnen jetzt schon gebührt, der aber auch einem Verdienste gleichwertig ist. Rose Steuermann, die weniger gefallen dürfte, muß allerdings die schwerere Aufgabe lösen. In dem Herzen der Samariterin Rahel, die sie gab, muß ein unterirdisches Lächeln wohnen. Nicht nur die Getragenheit, die beladene Tragik nicht nur sind Hauptteile ihres Charakters. Herr Koch, Herr Herzfeld, Herr Leopold, Herr Sachs, Stützen der Volksbühnengesellschaft, rechtfertigten ihren guten Ruf und Namen.

Max Hochdorf.

Die Vererbungslehre auf dem Naturforschertag. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Das Thema der 2. allgemeinen Versammlung am Vormittag bildete die Vererbungslehre. Zunächst entwarf der dänische Forscher Prof. Johannsen-Kopenhagen ein historisches Bild über 100 Jahre der Vererbungsforschung. Er zeigte wie in dieser Zeit die Biologie aus dem Stadium der Spekulation in das Stadium der auf Experimente gegründeten Erfahrung übergegangen ist, wie sie aber unter der Herrschaft der Richtung, die an den Namen Darwin anknüpfte, zu Irrwegen gekommen ist. Aber auch wo die Forschung abirrte, ist der Boden von unrichtigen Vorstellungen gereinigt worden, so daß man voller Hoffnung in die Zukunft sehen kann. — Dann sprachen Meisenheimer-Leipzig und Lenz-München über Einzelfragen der Vererbungsforschung, der letztere über die Vererbungslehre beim Menschen. Wir können — führte er aus — heute als ganz sicher annehmen, daß das berühmte Spaltungsgesetz Mendels bei der Vererbung auch für den Menschen gilt. Ein Irrtum sei es, eine Beeinflussung der Vererbung durch äußere Umstände anzunehmen, die erbliche Veranlagung eines Menschen sei vielmehr etwas Gegebenes. Man könne daher nicht von der Degeneration einer Rasse infolge Vererbung sprechen. Aenderung der erblichen Veranlagung einer Bevölkerung ist nur entweder durch Auslese möglich, indem gewisse Erbanlagen sich als stärker erweisen als andere, oder durch eine Veränderung der Erbmasse selbst.

Nachmittags fand eine Gesamtsitzung der medizinischen Hauptgruppe statt, in der Prof. Bier-Berlin über Regeneration beim Menschen sprach. Bei den höheren Säugetieren und also auch beim Menschen nahm man bisher im Gegensatz zu niederen Tieren, bei denen verlorene Glieder sich neu bilden, an, daß derartiges nicht vorkommen könne, daß Knochen, Gewebe, Muskeln sich nicht wieder herstellen, nicht regenerieren, sondern daß hier nur von Vernarbung die Rede sein könne. Bier aber hat in jahrzehntelangen Versuchen nachgewiesen, daß auch beim Menschen Knochen, Muskeln, Gewebe sich neu bilden, wenn die notwendigen Vorbedingungen dafür geschaffen werden, wenn vor allem für eine Lücke gesorgt wird, in die sie hineinwachsen können. Bt.

„Heinrich Dietz. Ein kultureller Bahnbrecher." Ein Gedenkblatt. Den Teilnehmern an unserem Augsburger Parteitage hat Genosse Dr. Paul Kampffmeyer mit der Abfassung der kleinen Schrift und der Verlag J. H. W. Dietz Nachf. (Buchhandlung Vorwärts) mit seiner pietätvollen Ausstattung eine erfreuliche Ueberraschung, dem bedeutenden Toten eine vornehme Ehrung, unsern bildungsbeflissenen Genossen und der literaturwissenschaftlichen Forschung einen sachlich wertvollen Dienst erwiesen. Das Buch hat als literaturhistorischer Abriß und als Führer durch die ältere sozialistische Literatur bleibenden Wert. Darüber hinaus enthält es ein Programm für die am Grabe unseres Dietz gegründete „Heinrich Dietz-Gesellschaft", deren Ziel Paul Kampffmeyer im Schlußsatz seines Gedenkblattes folgendermaßen kennzeichnet: „Planvolles Zusammenwirken der geistigen und körperlichen Arbeit sollen eine kulturelle Befruchtung der ganzen Gesellschaft mit den weltumwälzenden Ideen des Sozialismus herbeiführen."

B. R.

Bekämpfung von Gelbem Fieber und Malaria mit Hilfe von — Fischen. Die von dem bekannten amerikanischen Oelmagnaten zu Zwecken medizinischer Ausbildung und Forschung gestiftete „Rockefeller Foundation" hat im letzten Jahre an der Westküste von Südamerika eine dort 1920 erstmalig ausgebrochene und unterdrückte und Anfang 1921 wieder aufgetretene Epidemie von Gelbem Fieber zu bekämpfen unternommen. Die dorthin entsandte Expedition konzentrierte ihre ganzen Bemühungen auf die Vernichtung der Brut der Infektionsträger, einer Moskito-Art (Stegomyia). Als alle gewohnten Mittel zur Vernichtung der Moskitos bzw. ihrer Eier und Larven versagten, besetzte man jedes stehende Gewässer mit Fischen von einer bestimmten einheimischen Art — 750 000 Stück wurden in dieser Kampagne verteilt — mit dem Erfolg, daß seit Juli 1921 aus der Fieberregion kein einziger Fall mehr gemeldet worden ist. Der Bericht fügt hinzu, daß man in den Südstaaten der Union, wo Malariafälle vorkommen, sich diese Erfahrung zunutze gemacht hat und den Gemeinden und Privaten Fische zur freien Verfügung stellt, die dort neben dem Entwässern oder Oelen von Wasser- und Sumpfflächen das hauptsächliche und oft das einzige Mittel zur Bekämpfung der Moskitos bilden, die auch hier die Ueberträger der Fieberkeime sind.

Die Wasserkräfte der Welt. Eine neueste Statistik der Vereinigten Staaten, die in „Werft, Reederei, Hafen" mitgeteilt wird, gibt die Wasserkräfte der Welt auf etwa 439 Millionen PS an. Davon sind bisher 23 Millionen oder 5,24 Proz. ausgenutzt. Von den europäischen Staaten besitzt Norwegen mit 5,5 Millionen PS die meisten Wasserkräfte, dann kommt Frankreich mit 4,7 Millionen, Schweden mit 4,5 Millionen, die Schweiz mit 4 Millionen, Spanien mit ebenso viel, Italien mit 3,8 Millionen, Oesterreich mit 3 Millionen, Jugoslawien mit 2,8 Millionen, Rußland mit 2 Millionen, Deutschland mit 1,425 Millionen und England mit 0,535 Millionen PS. Am meisten sind bisher die Wasserkräfte in Deutschland ausgebaut, nämlich mit 43 Proz., in England mit 35 Proz., in Italien mit 30 Proz. und in Schweden mit 20 Proz.

Theater i. d. Königgrätzer Straße. Die für Sonnabend angekündigte erste Aufführung „Jüdin von Toledo" ist auf den 27. verlegt worden.

Eine einmalige Aufführung des „Pierrot Lunaire" von Arnold Schoenberg, unter Leitung von Herm. Scherchen, ist für den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal der Hochschule für Musik festgesetzt.

„Karussel", die russisch-deutsche Kammerkunstbühne (Berliner Sezession), wird unter Leitung von Boris Evelinoff, dem früheren Direktor des Moskauer Nikitski-Theaters, Ende September eröffnet. Das Theater wird russische Kleinkunst im Stil der Moskauer „Fledermaus" pflegen.

Wedekinds „Erdgeist" soll im Laufe dieser Saison am Theater Antoine in Paris gegeben werden.

Deutscher Protest gegen belgische Willkür.

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landsberg, ist von der Reichsregierung beauftragt worden, bei der belgischen Regierung gegen die Verhaftung der Hamborner Polizeibeamten zu protestieren und Aufklärung über die Gründe der Verhaftung zu verlangen, da bisher von belgischer Seite derartige Gründe den deutschen Stellen nicht mitgeteilt worden sind. Der Gesandte wurde ferner beauftragt, darauf hinzuweisen, daß bei den andauernden Verhaftungen von leitenden Polizeibeamten in dem von Belgien besetzten Gebiet, und zwar sowohl im Oberkasseler Fall als auch jetzt in Hamborn die dortigen Behörden nicht in der Lage seien, die Garantie für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu übernehmen.

Brüssel, 20. September. (TU.) Havas meldet über die Verhaftungen deutscher Polizisten, darunter der Kommandeur der Hamborner Sicherheitspolizei: „Das belgische Militärgericht der Besatzungsarmee ist zur Verhaftung von acht Personen, darunter sechs deutsche Polizisten, geschritten, von denen man annimmt, daß sie an der Ermordung des belgischen Leutnants Graff beteiligt waren. Unter den Verhafteten ist die Inhaberin des Cafés Heckmann und ihre Tochter zu erwähnen. Das Café liegt an der Straßenecke, an der der Mord geschah. Haussuchungen förderten bei einem Polizisten namens Riebke einen Revolver des gleichen Kalibers zutage, mit dem Graff ermordet wurde. Es steht auch fest, daß Riebke im Café Heckmann Drohungen ausstieß."

Die Labour Party gegen einen Orientkrieg.

London, 20. September. (EP.) Der Präsident zahlreicher Gewerkschaften der Textilindustrie in Yorkshire, Ben Turner, sandte gestern an Lloyd George ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: Bringt alle, die vom Krieg sprechen, zum Schweigen. Bedient Euch des Völkerbundes. Die Arbeiterschaft willigt in keinen Konflikt im Orient.

Für heute abend hat die Arbeiterpartei eine wichtige Versammlung einberufen, in der ein Antrag des Abgeordneten Wedgwood beraten wird, der folgenden Wortlaut hat: Nach unserer Ansicht ist die gegenwärtige Krise, die uns in einen neuen Krieg zu stürzen droht, die direkte Folge der Außenpolitik Lloyd Georges. Wir betrachten diesen Mann als eine Gefahr für den Weltfrieden. Wir verlangen sofort Neuwahlen, damit die öffentliche Meinung Englands die gegenwärtige schlechte Regierung über den Haufen werfen kann.

Kemal will Thrazien besetzen.

New York, 20. September. (WTB.) „Associated Preß" meldet aus Konstantinopel, Mustapha Kemal Pascha habe heute die alliierten Behörden ersucht, seiner Armee zu gestatten, Thrazien zu besetzen. Er habe dabei nachdrücklich erklärt, daß die Frage der Dardanellen später erörtert werden müsse, unter Teilnahme aller Staaten am Schwarzen Meer. Es sei notwendig, daß Thrazien von den nationalistischen Streitkräften besetzt werde, um die muselmanische Bevölkerung zu befreien. — Gleichzeitig hat der kemalistische Vertreter in Konstantinopel den britischen Oberkommissar benachrichtigt, daß die Regierung von Angora auf Grund eines mit Sowjetrußland und der Ukraine abgeschlossenen Vertrages nicht in der Lage sei, eine Einladung der Mächte zu einer Konferenz anzunehmen, die sich ausschließlich auf die Erörterung der Frage der Dardanellen beschränken würde, sofern nicht Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine gleichfalls an der Konferenz teilnehmen.

Belgien ist zufrieden.

Paris, 20. September. (EE.) Der Brüsseler Korespondent des „Matin" hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Theunis, der ihm erklärte, die deutsch-belgischen Verhandlungen seien zu einem günstigen Abschluß gelangt. Man habe von Deutschland Schuldverschreibungen gefordert, die auf den Weltmarkt gegeben werden könnten. Belgiens Ansprüche seien vollkommen befriedigt worden, da die Garantie der Reichsbank durchaus genügend erscheine. Um die Verhandlungen, die der Reichsbankpräsident Havenstein in London führte, habe sich die belgische Regierung nicht zu kümmern. Belgien erhalte Schuldverschreibungen von Deutschland, wie sie die Reparationskommission gefordert hatte. Das sei alles.

Die Börse fest.

Obwohl man nach dem vorliegenden politischen Nachrichtenmaterial heute in hiesigen Finanz- und Bankkreisen mit einer stärkeren Vorwärtsbewegung der Devisenkurse rechnete, zeigte sich an der Börse eine sehr feste Tendenz für ausländische Zahlungsmittel. Der Dollar, der vormittags zeitweilig auf 1395 zurückgegangen war, stieg gegen mittag an der Börse bis auf 1500 und hielt sich später auf 1475. Als Ursache der verstärkten Nachfrage nach Devisen betrachtet man die unzureichenden Erklärungen der Reichsbankleitung über ihre Abmachungen mit der Bank von England. Durch die Geheimhaltung der Einzelheiten ihrer Vereinbarungen sind von der Börse die verschiedenartigsten Gerüchte über eine weitgehende Verpfändung des Goldbestandes der Reichsbank entstanden, mit denen naturgemäß von der Devisenspekulation operiert wird. Außerdem ist zu bemerken, daß die Industrie augenblicklich keine Devisen mehr abgibt, da sich die Verhältnisse des inländischen Geldmarktes etwas flüssiger gestaltet haben. Die Nachfrage aus Kreisen des Importhandels ist dagegen sehr stark, am Effektenmarkte beginnt das Geschäft sich etwas zu beleben. Besonders gesucht sind Montanwerte und Schiffahrtsaktien. Von den Valutapapieren zeichnen sich Otavi-Minen, Goldungarn usw. durch besondere Festigkeit aus.

Devisenkurse.

	20. September		19. September	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden . .	56828.85	56971.15	56928.75	57071.25
1 argentinischer Papier-Peso	519.35	520.65	516.85	518.15
100 belgische Frank	10486.85	10513.15	10536.80	10563.20
100 norwegische Kronen . .	25118.55	25181.45	25168.50	25231.50
100 dänische Kronen	30862.—	30938.—	30862.—	30938.—
100 schwedische Kronen . . .	38851.35	38948.65	38851.35	38948.65
100 finnische Mark	3186.—	3194.—	3136.05	3143.95
1 japanischer Yen	—	—	—	—
100 italienische Lire	6142.30	6157.70	—	—
1 Pfund Sterling	6491.85	6508.15	6506.85	6523.15
1 Dollar	1468.16	1466.84	1473.15	1476.85
100 französische Frank . . .	11186.—	11214.—	11235.90	11264.10
1 brasilianischer Milreis . .	—	—	—	—
100 Schweizer Frank	—	—	—	—
100 spanische Pesetas . . .	—	—	—	—
100 österr. Kronen (abgest.)	1.96	1.97	1.80½	184.½
100 tschechische Kronen . . .	—	—	4654.15	4665.85
100 ungarische Kronen . . .	4569.25	4580.75	55.93	56.07
100 bulgarische Lewa . . .	878.90	881.10	848.90	851.10

Tropfsteinhöhle Rostocker Straße.

Die Tropfsteinhöhlen zu besichtigen war bisher bei den so unerschwinglichen Fahrpreisen keine Kleinigkeit; jetzt aber kann man es seit neun vollen Wochen schon weit billiger haben!

Man gehe nach der Rostocker Straße 44. Dort hat ein auf unerklärte Weise entstandenes Feuer den Dachstuhl vernichtet! . . . Ein Heer von Beamten beaufsichtigte die Verbrennung! Um den Aufbau des Dachstuhles aber kümmert sich kein Mensch. Ein von den am schwersten geschädigten Mietern gebildeter Ausschuß konnte trotz persönlicher Vorsprachen und schriftlicher Gesuche bei der Baupolizei, dem Bezirksamt Tiergarten und dem Wohnungsamt nichts weiter als Versprechungen erhalten! Was das heißt, neun Wochen in dieser Regenperiode ohne Dach zu sein, läßt sich nicht so bestrickend beschreiben, wie es sich in Wirklichkeit darstellt. Bei Regenfällen tropft von sämtlichen Decken der 4. Etage das köstliche Naß in die Wohnungen. Von der einen Wohnung der 4. Etage sogar kann man von der guten Stube aus durch ein 1½ Quadratmeter großes durchgebranntes Loch der Decke den nahen Wolkenhimmel besichtigen! Wäre die Jahreszeit nicht so unfreundlich kalt, man könnte in der Wohnung bei Regen das angenehmste vollströmendste Brausebad benutzen! . . . Man kampiert wie im Biwak unter aufgestellten Zelten, um nicht ganz zu verrosten! Die Pilzernte wird demnächst einsetzen, denn alle Schimmelpilze an Tapeten und Stuck sind im besten Gedeihen. Auch die dritte Etage bleibt nicht verschont! Dort lösen sich durch die dauernde Feuchtigkeit die geleimten Fourniere von den Möbeln. In größte Lebensgefahr bringen die herabzustürzen drohenden Decken die Bewohner! Ein brandscharfer Ozon zaubert in diese Fata Morgana Rostocker Hafendünste. Dem Eigentümer ist an einer Abhilfe scheinbar nichts gelegen! Er ist Besitzer von vier Grundstücken und kann deshalb zum Notdach keinen roten Pfennig geben! Da der Wirt aus Sparsamkeitsgründen unterversichert war, so ist die von der Versicherung unmittelbar nach dem Brande gezahlte Entschädigung jetzt kaum ausreichend, um den noch auf dem Hof lagernden Brandschutt abfahren zu lassen. Wäre der 1. Oktober heran, so hätten die Mieter für volle Feuerversicherungsprämien aufkommen müssen; so aber, da der Brand nicht bis zum 1. Oktober wartete, ist das Malheur nun da. . . .

Der bedauernswerte Mieter, der uns das Vorstehende mitteilt und der trotz der Drangsale in seinem jetzt neunwöchigen Regenheim den Humor nicht verloren hat, frägt zum Schluß: Wozu zahlen wir eigentlich die Wohnungsbauabgabe? Damit sich der Ausländer in den von uns erbauten Wohnräumen einnistet? Ferner erlauben wir uns die Behörden darauf aufmerksam zu machen, daß die Möglichkeit besteht, daß beim nächsten Sturm das noch auf dem Dache stehende verkohlte Dachgerippe in eleganztem Gleitflug auf den von Straßenpassanten benutzten Bürgersteig und Fahrdamm landen dürfte!

•

Eine Familie Loose versieht seit 7 Wochen eine Portierstelle im Hause Gasteiner Straße 14. Die Wohnung, die sie hier zugewiesen bekam, besteht aus einer dunklen, fensterlosen Kammer neben einem von der Wohnung nicht zugänglichen Klosett und dem Heizkeller. Die Kammer ist etwa 1½ Meter breit und 3 Meter lang und unbewohnbar. Die Familie muß darum im Heizkeller hausen. Licht, Wasser, Kochherd und Klosett sind nicht vorhanden. Die Furniere platzen von den Möbeln, die Betten verfaulen. In früheren Jahren gehörte zur Portierstelle eine Wohnung. Diese wurde aber von einem der früheren Eigentümer an einen Schneider als Arbeitsraum vermietet. Das Haus wechselte den Besitzer und dieser strengte gegen den Schneider eine Klage auf Räumung der Portierwohnung an. Das Wohnungsamt sprach jedoch dem Schneider die Portierwohnung als Arbeitsraum zu. Bezeichnend ist, daß dieser früher in seiner Privatwohnung in der Gasteiner Straße 13, die er noch heute inne hat, sein Handwerk ausübte. Das Haus wurde abermals verkauft, doch den jetzigen Besitzer kümmert es nicht, wie der Portier wohnt. Die Polizei ist benachrichtigt worden und das Wohnungsamt Wilmersdorf hat Kenntnis von diesen Dingen. Sollten die zuständigen Stellen nicht in der Lage sein, hier schleunigst Abhilfe zu schaffen?

Menschenleben in Gefahr.

Großfeuer in Reinickendorf.

Ein Großfeuer brach heute morgen in der Residenzstraße in Reinickendorf aus und vernichtete einen großen Teil der Holzvorräte der Firma Kirchberg u. Co. Die Wehren von Ost- und West-Reinickendorf riefen die Berliner Feuerwehr zur Hilfe, die daraufhin zwei Löschzüge entsandte. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden geht in die Millionen. Außerdem sind die Stallungen, die sich auf dem Grundstück Residenzstraße 100 befanden, in Mitleidenschaft gezogen worden. Es gelang, die Pferde in Sicherheit zu bringen, doch kamen Schweine und Geflügel in den Flammen um. Bei den Aufräumungsarbeiten haben zwei Feuerwehrleute Verletzungen erlitten. Während die Wehrmänner im Parterre mit Löscharbeiten beschäftigt waren, und die immer wieder hervorkommenden Flammen abdämpften, brach die Holzdecke ein und verletzte die beiden Feuerwehrleute so stark, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten.

Die Elektrizitätsbeschränkungen in Berlin.

Der Berliner Magistrat hat auf Grund einer Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars Ortsvorschriften für die Verwendung von Elektrizität im Gebiete der Stadt Berlin erlassen, worin für offene Verkaufsstellen, Ladengeschäfte, Gastwirtschaften, Theater, Kinos usw. der Verbrauch von elektrischem Strom auf 80 v. H. des Verbrauchs in den entsprechenden Monaten des Jahres 1916 beschränkt wird. Besonders auffallende Lichtreklamen mit großem Stromverbrauch bedürfen der Genehmigung des Vertrauensmannes für die Elektrizitätswerke. Alle sonstigen Verbraucher, deren monatlicher Stromverbrauch 3000 Kilowatt nicht übersteigt, unterliegen keinerlei Einschränkungen. Verbraucher von mehr als 3000 Kilowatt monatlich dürfen im Monat nicht mehr Elektrizität entnehmen als sie durchschnittlich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1920 von der damals zulässigen Menge tatsächlich monatlich verbraucht haben.

Ein Gaunerstreich.

Gauner sind überall an der Arbeit, jeden noch so kleinen Vorteil zu ihren Gunsten wahrzunehmen. Die Zahl der Leidtragenden, die das Nachsehen haben, wächst und sie müssen sich damit trösten, daß sie um eine Erfahrung reicher geworden sind. Ein Leser unseres Blattes, der das Opfer eines Gaunerstreiches geworden ist, teilt uns folgenden Vorfall mit:

Ich betreibe im Hause Bellevuestraße 21—22 einen Handel mit Sicherheitsschlössern, Türsicherungen usw. und bekam von einem Kunden die telephonische Nachricht, daß sein Bote zum Abholen eines Schlosses bei mir erscheinen würde. Eine halbe Stunde später erschien ein junger Mann im Alter von vielleicht 20 bis 22 Jahren, 1,80 Meter groß, dunkelblondes Haar, bartlos, von blasser Gesichtsfarbe, mit abwaschbarem Kragen und hellglänzendem Hosenboden, braunem Jackett angetan, der den Eindruck eines Kontoristen machte. Er wies sich aus mit einer Karte meines Kunden und ließ sich das Schloß wohl eingepackt mit zwei 14 Millimeter starken Eisenstangen von 1,20 und 1,30 Meter Länge aushändigen. Auf meine Frage wegen Bezahlung gab er an, kein Geld bekommen zu haben. Der Abholer bekam von mir noch eine Geschäftskarte, auf der mit Bleistift geschrieben von mir, meine Postscheckkontonummer zur Ueberweisung des Betrages vermerkt war, und verschwand, wie es mir scheint, auf Nimmerwiedersehen. Eine halbe Stunde später klärte sich der Vorfall dahin auf, daß der richtig legitimierte Bote im Flur meines Hauses hier von einem jungen Menschen gefragt wurde, zu wem er wolle, und nachdem er den Bescheid erhalten hatte, ihm sagte, der Chef wäre nicht da, der Bote soll um 8 Uhr morgen früh hier wieder erscheinen. Der nichts ahnende Bote zog ab und der Schwindler holte sich von mir das Schloß ab. Vermutlich wird der Betrüger mit meiner Geschäftskarte noch krebsen gehen. Die Türverriegelung wird er versuchen, in einer Eisenwarenhandlung oder bei einem Schlossermeister abzusetzen.

Winterarbeit der Kinderfreunde.

Ernste Sorge erfüllt die Arbeiterfamilie unserer Tage vor dem Winter. Insbesondere aber leidet das Arbeiterkind: es fehlt an Kleidung, und viele haben kein warmes Zimmer. In dieser Notlage will die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde helfend eingreifen. Ueber alle Bezirke Berlins will sie nachmittags Beschäftigungen der Kinder in den Schulen organisieren. Es wird damit eine Pflicht erfüllt, die die Gemeinden aus Mangel an Mitteln nicht erfüllen können. Es ist das auch eine Aufgabe, die im Interesse der Schule liegt. Von der zentralen Schulverwaltung werden die Schulräume für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde versucht, Helfer und Helferinnen zu werben, Arbeiterkinder zu sammeln und durch die einzelnen Schulverwaltungen, die Schulräume sich für die Nachmittage zu sichern. Wo Schwierigkeiten gemacht werden, wird um sofortige Mitteilung an den Genossen Loewenstein, Neukölln, Rathaus — auch telephonisch unter gleicher Adresse erreichbar — gebeten. Diese Nachmittagsbeschäftigung muß stets gründlich vorbereitet werden. In jedem Bezirk müssen Leiter und Leiterinnen sein, die Anleitung geben können. Zu diesem Zwecke veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde zwei Kurse für Leiter und Leiterinnen, und sie erwartet, daß sich aus jedem Bezirk einige Genossen und Genossinnen beteiligen. Die Kurse finden in Neukölln in der 5. Gemeindeschule, Mariendorfer Weg (5 Minuten vom Stadtbahnhof Hermannstraße), am Montag, Mittwoch und Freitag von 6 bis 7 Uhr statt. Beginn der Kurse am Freitag, den 22. September, 6 Uhr. Die Kurse sind unentgeltlich, und das Fahrgeld wird ersetzt. Außerdem wird eine Zentralstelle eingerichtet, in der unentgeltlich passende Bücher und Material zu Spiel und zu nützlicher Beschäftigung entliehen werden können. Die Adresse dieser Zentrale wird noch bekanntgegeben. Von der Hilfsbereitschaft hängt es ab, ob die Winterarbeit ebenso gelingt wie die Spielgemeinschaften, die wir im Sommer erfolgreich durchgeführt haben. Es soll den Kindern auch Gelegenheit zu sorgfältiger Anfertigung ihrer Schularbeiten geschaffen werden. Im Anschluß an die Schularbeiten sollen die Kinder beisammen bleiben, spielen, lesen, singen und je nach Alter und Geschick kneten, formen, basteln, nähen und sonstige nützliche Dinge treiben. Bei günstigem Wetter sollen die Eisplätze besucht werden. Auch Besuche von Marionettentheatern und geeignete Kinovorführungen sind geplant. Wo sich festere Gemeinschaften gebildet haben, soll das Beisammensein durch Veranstaltungen von besonderen Fest- und Feierabenden gekrönt werden. Das Ganze aber soll nach festen Plänen und nach sozialistischen Erziehungsgrundsätzen organisiert werden. — Das Ziel aber ist, die Erziehung unserer Kinder im Geiste der Arbeiterschaft durch die Arbeiterschaft selbst zu fördern.

Untergrundbahnbau im Film.

In der Urania wurden am Dienstag durch mehr als fünfzig Lichtbilder und einen mehrteiligen Film die Schwierigkeiten gezeigt, die beim Bau von Untergrundbahnen zu überwinden sind. Während die ersten Untergrundbahnen in London tief unter der Straße in geschlossenen Baugruben durch das Erdreich gewühlt wurden, wird bei den neuesten Verfahren die Bahn dicht unter der Straße in offener Baugrube hergestellt. Man sieht das Rammen der eisernen T-Träger, die den Spundwänden Halt geben, die die Baugrube von beiden Seiten flankieren; man erfährt, welchen großen Aufwand es erfordert, die Baugruben von dem zudringlichen Grundwasser freizuhalten. Die verschiedenen Methoden des Betonbaues werden recht anschaulich zur Darstellung gebracht. Besonders gut kommt das Treiben im Innern der Baugruben im Film zum Ausdruck. Man sieht dabei auch die Straßenpassanten als interessierte Zuschauer, die sich redlich bemühen, einen Blick vom Innern der Baugruben zu erhaschen, ein Bild, daß man alle Tage auch beim Bau der Nord-Süd-Bahn beobachten kann. Hier in der Urania wird allen diesen Wißbegierigen für geringes Geld die Möglichkeit gegeben, in ebenso gründlicher wie bequemer Weise alle Einzelheiten des großen Werkes kennenzulernen, ohne daß besondere technische Vorkenntnisse erforderlich wären.

Das beschlagnahmte Kanonenrohr. Bei einem Händler wurde ein ungefähr 1 Meter langes Kanonenrohr beschlagnahmt. Es handelt sich um ein bronzenes, schön ziseliertes, sehr schweres Rohr von hohem Wert. Es ist zur Besichtigung im Zimmer 51 des Berliner Polizeipräsidiums ausgestellt.

Der Zirkus Busch hat mit einem recht guten Programm seine Pforten dem Berliner Publikum wieder geöffnet. Im Mittelpunkt des Programms stehen diesmal die Pferde. Besonders hervorzuheben: Carl Heß in seinen Freiheitsdressuren und Charlotte Wagner, deren Leistungen auf ihrem Schimmel in der „Hohen Schule" recht gute sind. Cliff Keros, der Luftkönig, produziert sich in einer Nummer, die bei aller Tollkühnheit mit Eleganz durchgeführt wird. „Das Klavier in den Höhen" heißt eine Nummer, in der ein Mann ein Harmonium mitsamt einer Sängerin (übrigens einer recht guten Sängerin) in seinen Zähnen in die Höhe zieht. In einer wirklich lustigen Nummer zeigten sich die Clowns Bourbonnel und Schäffer. „Deutter Träume" heißen die Tanzphantasien, die von Paula Busch erdacht und von Balletmeister R. Riegel einstudiert sind. Die Gesamtwirkung ist eine recht hübsche. Ueber einigen Anachronismus in den Szenen soll man nicht richten, da die Gesamtwirkung ja nur auf die Augen eingestellt ist, und die neuen Holländer Volkstrachten nehmen sich im Rahmen der vorgeführten Tänze nicht übel aus.

„Blumen im Heim". Die Ausstellung bei Heß u. Rom, Leipziger Straße 106/107, die über 70 Wohnräume im herrlichsten täglichen und festlichen Blumenschmucke zeigt, wird sich Mittwoch, den 20. September, in neuem duftigen Blumengewand präsentieren.

Der Männerchor Friedenau-Steglitz (M. d. D. A. S. B.) veranstaltet am Donnerstag, den 21. September, abends ½8 Uhr, in der Aula der Realschule Steglitz, Florastraße, eine öffentliche Versammlung zur Gründung eines Frauen- und Mädchenchors. Zahlreiches Erscheinen aller sangeslustigen Genossinnen und Genossen erwartet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, am Tage ziemlich mild, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und frischen westlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 20. September:

92 Abt. Neukölln. Abends 7½ Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Straße 173, Sitzung des Abteilungsvorstandes und sämtlicher Abteilungsfunktionäre. Wichtige Tagesordnung und Abrechnung.

Morgen, Donnerstag, den 21. September:

3. Kreis, Wedding. 7 Uhr öffentliche Elternversammlung in der Schulaula, Müllerstr. 48. Thema: „Die weltliche Schule". Ref.: Pfarrer Bleier.

6. Kreis, Kreuzberg. Vollversammlung sämtlicher Elternbeiräte und Kandidaten 7 Uhr bei Nake, Fichtestr. 29. Thema: „Unsere freie Schulgemeinde". Sozialistische Lehrer und Eltern willkommen. Die Obleute und Kommissionsmitglieder treffen sich eine Stunde vorher im selben Lokal.

120.—130. Abt. Pankow. 7½ Uhr im Jugendheim, Breite Straße. Abteilungsvorstandssitzung und Funktionärversammlung. Äußerst wichtige Tagesordnung.

104. Abt. Niederschönweide. 7½ Uhr öffentliche Elternversammlung in der Schulaula, Berliner Straße, am Bahnhof. Thema: „Unser Kampf um die weltliche Schule". Ref.: Gen. Erwin Marquardt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tarifverhandlungen für die Reichsangestellten.

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über den Neuabschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten des Reichs gehen außerordentlich langwierig vor sich. Als Grundsatz hatte die Regierung bei Beginn derselben aufgestellt, daß die Angestellten im großen und ganzen wie die Beamten behandelt werden sollen. Diese Absicht hat sie bisher nur insoweit verwirklicht, als es sich um Schlechterstellung gegenüber den bisherigen Zuständen, insbesondere bei der Eingruppierung und der Berechnung des Vergütungsdienstalters, handelt. Gleichzeitig schlägt sie jedoch gegenüber den Rechten, die die Beamten bereits besitzen, noch weitergehende Verschlechterungen vor. Sie übersieht dabei vollkommen, welche außerordentlichen Vorteile die Beamten durch ihre Anstellung auf Lebenszeit, durch unbeschränkte Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen und durch ihre Alters- und Hinterbliebenenfürsorge besitzen.

Aber auch die den Angestelltenvertretungen gesetzmäßig zustehenden Rechte versucht die Regierung auf dem Wege über den Tarifvertrag zu beschneiden. So weigert sie sich insbesondere, anzuerkennen, daß die Angestelltenräte bei der Eingruppierung der Angestellten in die Vergütungsgruppen gleichberechtigt mitzuwirken haben. Ein Recht, das diesen nach § 78 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes unzweifelhaft zusteht. Sie will die Eingruppierung durch die Dienststellenleiter, deren Wohlwollen für die Angestellten ja hinreichend bekannt ist, vornehmen lassen und den Angestelltenvertretungen lediglich von der erfolgten Eingruppierung Mitteilung machen. Die neutralen Beamtenorganisationen unterstützen diese Bestrebungen der Regierung gegen die Angestellten, so daß dieser Einheitsfront von Regierung und Beamtenorganisationen die geschlossene Front aller Behördenangestellten gegenübergestellt werden muß. Der Kampf gegen diese Verschlechterungen erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und restlose Organisierung der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten, der auf diese Weise in die Lage versetzt wird, die beabsichtigten Angriffe der Regierung gegen die Rechte der Angestellten abzuwehren.

Gruppe II in der Beamtenbesoldung.

Ein Beamter der Gruppe II schreibt uns u. a.: „Es scheint so, als ob es nur Beamte von Besoldungsgruppe III an aufwärts gäbe und für die Gruppen I und II nur die Angehörigen der Reichswehr in Frage kämen. Doch sind bei allen Behörden, auch den Ministerial- und Zentralbehörden auf Grund der Vorschriften die Stellen der Gruppen II und III in dem Verhältnis von 1 : 1 besetzt. Die Beamten der Gruppe II bilden eine beträchtliche Zahl, doch geht man nichtachtend an ihnen vorüber. Kämen wirklich keine oder nur wenige Beamte dieser Gruppe in Frage, dann könnten sie ja ohne nennenswerte finanzielle Schwierigkeiten nach Gruppe III besoldet werden. Da es aber eine erhebliche Anzahl ist, so ist es eine Ungerechtigkeit, bei den Besoldungsreformen den Stichmann aus Gruppe III zu wählen und die unter dieser Gruppe Stehenden dem wirtschaftlichen Ruin preiszugeben.

Wenn man sich weiterhin vergegenwärtigt, daß der größte Teil dieser Geringbesoldeten Kriegsbeschädigte und somit Inhaber des Anstellungsscheines sind, die nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihren Beruf opfern mußten und jetzt noch im Anfangsgehalt der Gruppe II stehen, so wird man ihre Erregung begreiflich finden.

Klingt es nicht wie Hohn, wenn heute noch, 4 Jahre nach der Revolution, die Länge der Militärzeit ausschlaggebend ist für eine Beförderung? Sollte es nicht unter den nach der vergessenen Gruppe II Besoldeten viele geben, die vermöge ihres in mehrjähriger Lehrzeit erlernten Handwerks mehr Fähigkeiten aufzuweisen haben als andere, die 6, 8 und 12 Jahre Rekruten gedrillt haben?

Bei einer staatlichen Behörde in Berlin wird der bis 1. Februar d. J. als Hauswart tätige gelernte Buchdrucker in der Hausdruckerei als Schweizerdegen beschäftigt, da dies zurzeit fertigzustellende Arbeiten erfordern. Als Hauswart wird er nach Gruppe II besoldet. Als Drucker gehört er zur Besoldungsgruppe III. Wäre er nur Angestellter und somit nach dem Tarif des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zu besolden, so erhielt er vom Tage der Beschäftigung in seinem Beruf das Gehalt eines gelernten Arbeiters. Bei einem Beamten der vergessenen Gruppe II mit dem Gehalt dieser Gruppe ist dies ausgeschlossen, da eine Stelle für Gruppe III im Jahresetat nicht vorgesehen ist, sondern erst vom Ministerium bewilligt werden müßte. Die Differenz zwischen Gruppe II und III beträgt in diesem Monat zirka 1100 M. Eine Summe, die dem Minderbesoldeten in der jetzigen Zeit der Teuerung und des Wuchers zum Einkauf der notwendigsten Lebensmittel fehlt; an Heizmaterial für den kommenden Winter gar nicht zu denken. Der Verlust an Einkommen insgesamt beträgt für den betreffenden Beamten in der Zeit vom 1. Februar bis heute zirka 4000 M.

Gesetzlicher Urlaubsanspruch für Jugendliche.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände hat am 13. September in Berlin eine Besprechung über die Urlaubsgewährung an Jugendliche abgehalten. Vertreten waren die verschiedenen Organisationen der Jugend (politische, wirtschaftliche, konfessionelle), ferner die Berliner Handelskammer, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Verband der Berliner Metallindustriellen und das Berliner Berufsamt.

In gründlicher Aussprache wurde allgemein anerkannt, daß regelmäßiger Sommerurlaub eine Notwendigkeit sei, um den im Wirtschaftsleben tätigen Jugendlichen in körperlicher, geistiger wie auch seelischer Hinsicht die Möglichkeit zur Kräftigung zu geben. Festgestellt wurde, daß in einem erheblichen Teil unserer Wirtschaft die Jugendlichen bereits in den Genuß von Urlaub kommen, wenn auch seine Länge vorwiegend unzulänglich ist. So erhalten in vielen Berufen die Lehrlinge nur 3 Tage Ferien im Jahr. Besonders im Handwerk herrschen in dieser Beziehung durchaus rückständige Gebräuche; nur in sehr wenigen Fällen ist von einer Urlaubsgewährung die Rede. Aus Berlin wurde z. B. berichtet, daß verschiedene Innungen aus dem Metallgewerbe in diesem Jahre ihren Mitgliedern empfohlen haben, den Lehrlingen 1 (einen) Tag bis 3 Tage Urlaub zu geben. Wieweit sich viele Innungsmeister nach solchen Empfehlungen richten, ist zur Genüge bekannt.

Die Vertreter der Industrie und der Handelskammer gaben persönlich ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß der Lehrherr schon auf Grund seiner Erziehungspflicht dem Lehrling Erholungsurlaub zu geben habe. Ein Vertreter meinte, daß die allgemeine Urlaubsgewährung am besten ohne gesetzlichen Zwang durch Einwirkung der Arbeitgeberorganisationen auf ihre Mitglieder zu erreichen sei. Da jedoch die Aussprache ergab, daß mit vielen Lehrherren zu rechnen ist, die sich ihrer entsprechenden Pflicht entziehen, kam man übereinstimmend zu der Ansicht, daß durch das kommende Gesetz über die Neuregelung der Berufsausbildung der Jugend ein Mindestanspruch auf Urlaub für Lehrlinge festgelegt werden müßte. Die von den freien Gewerkschaften aufgestellte Forderung an die Gesetzgebung, den Jugendlichen unter 16 Jahren 3 Wochen, den von 16 bis 18 Jahren 2 Wochen Urlaub zu gewähren, fand bei dieser Gelegenheit Billigung.

Daß den Lehrlingen die Vergütung für ihre Urlaubszeit vom Arbeitgeber weiterzuzahlen sei, wurde allseitig für notwendig gehalten. Zu den ungelernten jugendlichen Arbeitern konnte keine einheitliche Stellungnahme gefunden werden; die Festlegung des Urlaubsanspruchs auch für sie wurde durchaus für berechtigt anerkannt, jedoch war keine Uebereinstimmung über die Bezahlung der Urlaubszeit zu erzielen. Ein besonderer Ausschuß wurde eingesetzt, der versuchen soll, über Einzelheiten eine Verständigung zu erreichen, um der Gesetzgebung feste Vorschläge unterbreiten zu können.

Es ist zu hoffen, daß infolge solcher einmütiger Meinungsäußerungen auch in Deutschland ein gesetzlicher Mindestanspruch auf Urlaub für Jugendliche festgesetzt wird, wie dies in Italien, Deutschösterreich und Rumänien bereits geschehen ist.

Betriebsräte! Gewerkschaftsfunktionäre!

Kaum zwei Wochen trennen uns noch von dem Beginn des neuen Unterrichtsabschnittes der Betriebsräteschule. In 53 Kursen wird die Möglichkeit gegeben, sich auf den Gebieten des Arbeitsrechts, der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft, der Sozialversicherung und der Hygiene gründliche Kenntnisse anzueignen. Kolleginnen und Kollegen! Laßt diese Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen! Die bevorstehenden Arbeitskämpfe werden nur dann siegreich überwunden werden, wenn die Arbeitnehmer die genügende Schulung besitzen, um den Vertretern des Kapitals, mit den genügenden Kenntnissen vertraut, gegenübertreten zu können.

Die Notwendigkeit einer solchen Schulungsarbeit besteht für alle Kollegen, gleichviel ob sie Arbeiter oder Angestellte, Männer oder Frauen sind. Die Erfahrungen haben gelehrt, wie eng verbunden sie in Sieg und Niederlage sind, und daß der Kampf des Kapitals sich nicht gegen einzelne Gruppen richtet, sondern gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft.

Betriebsräte und Funktionäre! Eure Aufgabe ist es, die Kollegenschaft in den Betrieben aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Weist sie auf die Notwendigkeit der arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Bildung hin und übernehmt Ihr die Sammelbestellung und Besorgung der Hörerkarten. Diese sind (zum Preise von 15 M., für Arbeitslose unentgeltlich) in den Ortsverwaltungen und in der Betriebsrätezentrale, Engelufer 24/25, 2. Hof 1, erhältlich. Im Bureau der Schule sind Montags und Freitags von 4—7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden.

Arbeiter und Angestellte Berlins! Ihr selbst habt Euch die Betriebsräteschule geschaffen. Zeigt durch regen Besuch der Kurse, daß Ihr sie auch zu benutzen versteht!

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Generalversammlung der Gemeindearbeiter.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Dienstag in Boekers Festsälen berichtete Gürne über den Verlauf des Magdeburger Verbandstages. Das Bestreben, alles auszuschalten, was zu unnötigen Auseinandersetzungen hätte Anlaß geben können, sei in anerkennenswerter Weise zur Geltung gekommen. Die Haltung der Berliner Kollegen habe ein erwünschtes Verständnis auf dem Verbandstage gefunden. Der Antrag, die Wahl der unbesoldeten Mitglieder auf dem Verbandstag vorzunehmen, sei mit überwiegender Mehrheit angenommen worden. Doch sei bei der Zusammensetzung des Vorstandes allen Parteien Rechnung getragen worden. Durch den Beschluß, einen Verbandsbeirat zu wählen, sei eine Vermittlungsinstanz zwischen Ortsverwaltungen und Hauptvorstand geschaffen worden. In den aus 30 Mitgliedern bestehenden Beirat habe Berlin drei Mitglieder und drei Stellvertreter zu wählen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß der Verbandstag seine Aufgaben erfolgreich gelöst habe.

Während der anschließenden Aussprache wurden zwei Anträge eingebracht. In dem ersten wird von den Verbandsmitgliedern im Zentralmagazin die Haltung der Berliner Delegierten auf dem Verbandstag gebilligt, insbesondere die Erklärung der Delegierten, die sich gegen das Austreten des Genossen Sabath als Vertreter des ADGB. und des Kollegen Schulz vom Hauptvorstand wendet.

Dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Der zweite Antrag mißbilligt das Verhalten der drei Berliner Delegierten Scharlau, Hepperich und Schaumberg, weil sie entgegen dem Beschluß Berlins, die unbesoldeten Vorstandsmitglieder nicht auf dem Verbandstag zu wählen, gestimmt haben.

Schaumberg wandte sich gegen diesen Antrag. Zu einer Mißbilligung liege kein Grund vor. Er könne für sich wie auch für die anderen beiden Kollegen erklären, nur nach Ueberzeugung gehandelt zu haben. Im übrigen würden auch nur die Wähler über ein Mißtrauen zu befinden haben, und von diesen liege ein derartiger Antrag nicht vor.

Der Antrag wurde schließlich bei großer Stimmenthaltung angenommen.

Hierauf folgte die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsbeirat. Ein Vorschlag, von allen drei im Verband vertretenen Parteien je drei Mitglieder auf die Liste für die Urwahl zu setzen, fand die Zustimmung der Versammlung. Kandidaten sind: von der SPD. Kiel, Erich May und Krause, von der USP. Kammermeier, Hermann und Schmoldt, von der KPD. Urban, Zichmann und Wirth.

Ueber die ab Oktober vorgesehene Regelung der Beiträge wurde von Hoffmann berichtet. Das Eintrittsgeld soll für männliche Mitglieder 10 M., für Frauen und Jugendliche 5 M. betragen. Als Grundbeitrag sind in den Klassen 1 bis 5 zu entrichten: 28, 22, 14, 10 und 4 M., als Lokalzuschlag 8, 8, 6, 4 und 2 M. Für pensionierte Mitglieder stellt sich der Grundbeitrag auf 1 M. wöchentlich.

Vor Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag gestellt, der vom ADGB. die Einberufung eines Betriebsrätekongresses verlangt. Bei der Aussprache über diesen Antrag kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Vor der Abstimmung verließ ein erheblicher Teil der Anwesenden demonstrativ das Lokal. Von den Zurückgebliebenen wurde der Antrag angenommen.

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel. Funktionär-Versammlung heute abend 7½ Uhr Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. Bericht über die Tarifverhandlungen für September.

Wirtschaft

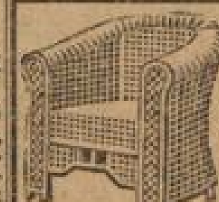
Die Vermehrung der konsumgenossenschaftlichen Betriebsmittel. Die Generalversammlungen der Konsumvereine folgen weiterhin allenthalben der dringenden Notwendigkeit, die Betriebsmittel der Genossenschaften durch Heraufsetzung der Mitgliedergeschäftsanteile und durch schnelle Einzahlung zu vermehren. In der letzten Berichtswoche allein sind an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, 31 derartiger Mitteilungen gelangt. Danach setzten 14 Konsumvereine den Geschäftsanteil auf zunächst 1000 M. fest. Weitere sieben Vereine beschlossen eine Erhöhung auf 1500 Mark. Eine Genossenschaft brachte den Anteil auf 1800 M. hinauf. In der Erkenntnis, daß 2000 M. der Geldentwertung und dem Bedürfnis der Verbraucherorganisation erst einigermaßen nahe kommen, faßten acht Generalversammlungen den Beschluß, 2000 Mark Mitgliederanteile zu erheben. Eine große Konsumgenossenschaft ging auch in dieser Berichtswoche noch darüber hinaus und setzte 2500 M. als Geschäftsanteil fest.

Hoch und Tief. Die auf deutscher Seite als Trägerin des Sachlieferungsabkommens zwischen Stinnes und den französischen Wiederaufbaugenossenschaften berufene Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Essen erhöht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Riesengeschäft ihr Kapital um 50 auf 100 Millionen Mark, nachdem sie erst kürzlich ihr Kapital von 20 auf 50 Millionen Mark erhöht hat.

Der dritte Teil Wiesbadens Auslandsbesitz. Der Ausverkauf des Wiesbadener Hausbesitzes hat nach der TU. so stark zugenommen, daß jetzt etwa 30 Proz. der Häuser direkt oder indirekt im Besitze des Auslandes sind.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Strickjacken aller Art, Jumper, Kimonos, Strandjäckchen etc. — Einzelverkauf besster Qualitätsware. Billigste Bezugsquelle **Bruno Richter**, Berlin-Pankow, Mendelstr. 3b, I. Fabrik-Niederlage thüring. Wollwaren. Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116. Fernruf: Pankow 3723.



Korbmöbel f. Gärten, Balkone, Wohnz. i. mod. u. dauerhafter Ausf. Korbsessel. Gr. Auswahl. Besicht. erbet. **Heinr. Kaese** Korb- u. Rohrmöbel. Neuk., Berl. Str. 89 Hochp. rt. (kein Lad.)

Maßkorsetts und Reparaturen Fr. L. Bungartz Neukölln, Boddinstr. 39 Fernsprecher: Neukölln 2354

Kunstspielpianos u. Flügel VIRTUOLA Fußbetrieb / Elektrisch beides vereinigt ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstnuancierung. **Römhildt A.-G.**, Leipziger Str. 119 bis 120, I. Stock

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel höchste Tagespr. zahlt ... Fallwerk 4, Kopf ...

Sehr preiswerte Herrenunterwäsche empfiehlt Strumpfhaus „Werba“ Berlin, Kottbuser Damm 12 Ecke Lenaustraße

Zahngebisse sowie Gold-, Silber-, Platin-Bruch zerbroch. Gegenstände genau denselben Wert kauft und zahlt höchste Tagespreise Barheine Edelmetallverwertung Invalidenstr. 2, v. I rechts, kein Laden Eingang Elisabethkirchstraße

Quecksilber kauft höchstzahlend **Heinrich Trapp, Beuthstr. 10** (Laden nahe Spittelmarkt)

Unreines Blut Zur Ausscheidung krankhafter Stoffe aus Blut u. Säften, bei offenen Füßen u. gegen Hautunreinigkeiten ist **Blutreinigungspulver Saltaria** seit über 30 Jahren wirksam erprobt. M. 15,00, 3 Dosen 42,50 **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

10 000 Mk. f. Vorwärtsstreb. und **Erfinder** Aufkl. Anreg. g. Verdienstm. biet. Brosch. **Ein neuer Geist** grat. d. F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Kleide dich billig, elegant Nur bei **Garderoben-Franck** Neukölln, Böhmische Str. 47 1 Minute vom Richardplatz

Meine Herren! Einen wirklich guten Anzug Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen **Große Auswahl** Gelegenheit der Bekleidungsindustrie **Alexandrinenstraße 116** Hochb. Prinzenstr. — Fahrtvergütung

Spezial-Arzt Dr. Scotti für Haut- und Geschlechtskrankheiten, veraltete Harnleiden. Syphilis-Kuren. Blutuntersuchung. Aeltest. Löser-Institut. **Dir.: Löser senior** 9—1, 4—8 Sonnt. 10—12 Rosenthaler Str. 69/70, sep. f. Damen z. separ.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 27, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bürwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 8, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Rüdigental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 63.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101.
Charlottenburg IV: Pufeniak, Augsburger Str. 47, Portier.
[illegible]: Schönherr, Landsberger Str. 19.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kroschke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Wilinski, Fredersdorf, Arndtstraße.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 16.
Halensee, Grunewald: Frau Rock, Kiosk Henriettenplatz. Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Goldbach, Niederschönhausen, Schloßallee 45.
Hennigsdorf: Frau Korbasinski, Rathenaustr. 3.
Hohenneuendorf: Siegerts, Bismarckstraße.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 119.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Reinhold Berndt, Waldowallee 4.
Kaulsdorf: Vogt, Brebereckstraße 19.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten: Schlaa, Kieler Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 2.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 19.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Lein, Chausseestr. 20.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Neckarstr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 82.
Niederschönweide: Schindler, Fennstr. 23.
Nowawes: Karl Kronberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Ritzmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Frau Lack, Kurfürstenstr. 11.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: Heinrich Gorski, Hauptstraße 38.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 34.
Siemensstadt: Friese, Wiebickersteig 10.
Staaken: Völkel, Schenwinkel 16.
Steglitz: Frost, Düppelstr. 35.
Südende: Ludwig, Hotelstr. 86.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Jorksfelde, Conradshöhe, Nitzenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: Paul Kienast, Borsigwalde, Ruschstr. 10.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 22.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kambler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 185.
Weißensee: Grenke, Berliner Allee 54.
Gillmann, Carmen-Sylva-Straße 87.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 81.
Wilmersdorf: Bischoff, Gasteiner Str. 12 und Wilhelmsaue 42 — Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.